

Bericht zur Gemeinderatssitzung am 19. Oktober 2017 im Großen Rathaussaal

Zu Sitzung begrüßte Bürgermeister Anton Bertele die Mitglieder des Gemeinderates, Herrn Marc Bierkamp und Herrn Henrik Höft vom Landratsamt, Fachbereich Flurbereinigung, Herrn Andreas Maaß vom GVV Kirchberg-Weihungstal, Herrn Franz Glogger von der Südwest Presse Ulm, Herrn Manfred Kornmayer und Herrn Benjamin Eger von der Verwaltung sowie die Zuhörer. Er stellte fest, dass zur Gemeinderatssitzung form- und fristgerecht eingeladen worden und das Gremium beschlussfähig sei. Zur Bürgerfrageviertelstunde meldete sich niemand.

Flurbereinigung Staig-Steinberg

Bürgermeister Bertele bat die Herren Bierkamp und Höft von der unteren Flurbereinigungsbehörde im Landratsamt Alb-Donau-Kreis zu sich und um aktuellen Sachbericht.

Das Flurneuordnungsverfahren Staig-Steinberg (Weihung) sei demzufolge im Jahr 2010 von Amts wegen angeordnet worden, um folgende Planungsziele umzusetzen:

- Unterstützung des naturnahen Rückbaus der Weihung durch Landbereitstellung sowie die Anpassung des vorhandenen Wegenetzes an die Maßnahme
- Schaffung eines den heutigen Anforderungen genügenden Wegenetzes
- Zusammenlegung des stark zersplitterten und in der Regel unwirtschaftlich geformten, landwirtschaftlichen Grundbesitzes
- Durchführung von bodenverbessernden und wasserwirtschaftlichen Maßnahmen im erforderlichen Umfang
- Nachhaltige Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft
- Neuordnung der Flächen sowie eine großräumige Nutzungsentflechtung mit Schaffung einer verbesserten Erschließung und Infrastruktur
- Neuvermessung der neu eingeteilten Flur und Übernahme der Ergebnisse in die öffentlichen Bücher

Aktuell werde der Wege- und Gewässerplan aufgestellt, der auch den ökologischen Ausgleich beinhalte. Angesprochen wird auch das Wegebauprogramm des Landes Baden-Württemberg für Feldwege und die eventuelle Anpassung der künftigen Gemeindegrenzen im Zuge des Flurneuordnungsverfahrens. Die Plangenehmigung werde voraussichtlich im Jahr 2018 erteilt, die Umsetzung mit Ausbau voraussichtlich 2019 und die Neuzuteilung der Grundstücke dann voraussichtlich ab 2021. Aktuell sei die grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme der gemeinschaftlichen Anlagen (Wege- und Ausgleichsmaßnahmen) zu klären und eventuell weitere Wünsche der Gemeinde (z. B. Gewässerrandstreifen) zu beraten. Die endgültige Entscheidung mit Beschluss werde im Frühjahr 2018 angestrebt. Die Kosten der Flurbereinigung beziffern sich wie folgt:

Gesamtkosten:	1.885.800 EUR
Bei Teilnehnergemeinschaft verbleibende AK:	1.788.500 EUR
abzüglich derzeit 79 % Landeszuschuss:	1.412.915 EUR
<u>Beitrag der Gemeinde Staig zur Senkung der Teilnehmerbeträge:</u>	<u>200.000 EUR</u>
Verbleibende Teilnehmerbeiträge:	175.585 EUR

Ergibt bei ca. 280 ha beitragspflichtiger Fläche: je ha ca. 630 EUR

Zu klären sei zu gegebener Zeit, ob die Gemeinde Illerkirchberg, die etwa von einem 1/10 der Fläche betroffen sei, ebenfalls einen anteiligen Zuschuss bezahlen werde.

Die Flurbereinigung habe ein Konzept für den Wegebau und die ökologischen Ausgleichsmaßnahmen erarbeitet. Mehrere mögliche ökologische Ausgleichsmaßnahmen wurden vorgestellt (div. Feldhecken, Wassergräben verlegen/renaturieren/mäandrieren sowie eine Amphibienmulde), die jedoch eine mehr knapp 60%ige Überkompensation der Eingriffsmaßnahmen im Flurbereich Illerkirchbergs umfassten. Bei einem Vororttermin mit dem Bauhof habe der Bauhofleiter die zu erwartenden Pflegekosten für alle diese Maßnahmen zusammen auf 10.000 EUR bis 20.000 EUR jährlich geschätzt. Hinzu kam, dass beim Ortstermin nicht klar war, ob die Flächen kostengünstig mit Mulchmäher bearbeitet werden dürfen oder aber mit Balkenmäher und anschließendem händischen Einsammeln. Hinzu komme, dass einjähriges Mähgut heute kaum noch eine Häckselanlage annehme.

Bürgermeister Bertele sah sowohl in der nur ca. 5%igen Überkompensation im Gemarkungsbereich Staig und dem vielfach höheren Anteil in Illerkirchberg als auch in der ungeklärten Art und Weise der zulässigen Pflege weiteren Klärungsbedarf.

Nach eingehender Diskussion im Gemeinderat und zahlreichen Fragen aus dem Gremium bestand durchaus grundsätzliche Übereinstimmung mit den Planungen zur Wegeführung und zum ökologischen Ausgleich mit der Maßgabe zu weiterem Klärungsbedarf hinsichtlich der angesprochenen Punkte.

Bürgermeister Bertele dankte den Herren Bierkamp und Höft abschließend für ihre Ausführungen.

Rechnungsabschluss 2016

Rechenschaftsbericht mit Rechnungsabschluss

Kämmerer Andreas Maaß legte dem Gemeinderat den Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 2016 vor. Dieser weise gegenüber den Haushaltsplanungen sehr erfreulich ein wesentlich besseres Ergebnis aus.

Demnach stieg das Volumen des Verwaltungshaushalts gegenüber dem Planansatz von 9.842.410 EUR um 173.595 EUR auf 10.016.005 EUR (+ 1,76 %). Positiv wirkten sich insbesondere Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen des Landes (+ 125.629 EUR), dem Anteil an der Einkommensteuer (+ 63.017 EUR) sowie den anteiligen Einnahmen aus dem Interkommunalen Gewerbegebiet Gassenäcker (+ 114.669 EUR) aus.

Auf der Ausgabenseite wirkten sich nach den Worten des Kämmerers vor allem die niedrigeren Unterhalts- und Bewirtschaftungskosten für Gebäude und Grundstücke mit geringeren Ausgaben von 181.618 EUR aus. Im Ergebnis liefere der Verwaltungshaushalts eine um 866.270 EUR weitaus höhere Zuführung an den Vermögenshaushalt als geplant mit nunmehr insgesamt 1.453.630,10 EUR. Bei der Haushaltsaufstellung wurde nur mit einer Zuführungsrate von 587.360,10 EUR gerechnet.

Das Volumen des Vermögenshaushalts ist gegenüber dem Planansatz von 2.755.000 EUR deutlich um 1.152.961 EUR niedriger als geplant. Hauptgründe für das geringere Volumen sind die nicht verwendeten Mittel in den Bereichen Flüchtlinge, weil weniger Häuser/Unterbringungsmöglichkeiten gekauft/beschafft werden konnten als veranschlagt sowie entfallende Kosten einer TSG-Hallensanierung.

Durch die hohe Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt war keine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage notwendig, sondern umgekehrt konnte sogar die Rücklage um 342.663,94 EUR erhöht werden.

Zusammenfassend stellte der Kämmerer fest, dass die Gemeinde Illerkirchberg nun im 7. Jahr seit 2010 ihre Aufgaben ohne Schulden erledige. In diesem Zeitraum wurden zahlreiche Straßen, Wasserleitungen und Kanäle erneuert, Schulen saniert, Kindergärten um- und ausgebaut und obendrein eine Sporthalle samt Parkplätzen und Kreisverkehr – und dies alles durchgehend ohne Kredite - verwirklicht.

Auf Rückfrage zu sogenannten Haushaltsausgaberesten erläuterte der Bürgermeister ergänzend, dass bei vielen Bauprojekten die Schlussrechnungen der Firmen häufig mit deutlicher Verzögerung – oft sogar Jahre später - gestellt werden und insbesondere auch hierfür zur späteren Begleichung der Rechnungen sogenannte Ausgabereste gebildet werden.

Kostenausgleich nach § 14 Abs. 2 KAG

Bei den kostenrechnenden Einrichtungen *sind* nach den gesetzlichen Bestimmungen sogenannte Kostenüberdeckungen, d. h. Überschüsse nach Abzug der Ausgaben, am Ende eines Bemessungszeitraums, innerhalb der folgenden 5 Jahre auszugleichen, d. h. an die Gebührenzahler mittels Gebührensenkungen zurückzugeben. Kostenunterdeckungen hingegen *können* im 5-Jahres-Zeitraum durch Gebührenerhöhungen ausgeglichen werden. Allerdings wacht die Aufsicht darüber, dass Defizite nicht zu groß werden.

Im Bereich der Abwasserbeseitigung ergab sich im Jahr 2016 eine Unterdeckung von 24.215,76 EUR; dies lag nach den Worten des Kämmers insbesondere an den höheren Aufwendungen für Unterhaltungsmaßnahmen. Um Defizite in Grenzen zu halten, erfolge im Jahr 2018 eine Neukalkulation der Gebühren.

Bei der Wasserversorgung gab es in den Vorjahren sowohl Über- als auch Unterdeckungen, die sich gegenseitig größtenteils ausglich. Kämmers Maaß stellte daher fest, dass deswegen keine Neukalkulation der Gebühren notwendig sei.

Ähnlich wie im Bereich der Wasserversorgung habe es auch bei der Abfallbeseitigung in den Vorjahren sowohl Überdeckungen, d. h. Überschüsse, und Unterdeckungen, d. h. Defizite gegeben, die sich jedoch ebenfalls weitestgehend ausgleichen und deshalb ebenfalls die Gebühren nicht per Neukalkulation verändert werden müssten.

Abschließend wurden die Berechnungen des Kämmers vom Gemeinderat einstimmig anerkannt und der Auftrag zur Neukalkulation der Abwassergebühren erteilt.

Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (Doppik) - Verschiebung des Einführungszeitpunkts

Kämmers Andreas Maaß informierte den Gemeinderat, dass der zum 01.01.2018 geplante Umstieg zur Einführung des neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens laut Beschluss des Gemeinderats vom 18.02.2016 nicht erfolgen könne. Nicht vorhersehbare Entwicklungen im Hause des GVV hätten dazu geführt, dass dieser Termin nicht erfolgreich realisiert werden könne. Hierüber sei das Rechenzentrum vorab informiert worden. Es sei darum gebeten worden, den Umstiegstermin beim Rechenzentrum auf den nächstmöglichen Zeitpunkt (voraussichtlich 01.01.2020) zu verschieben und die bereits gebuchten Schulungs- und Projekttermine zu stornieren. Somit solle bis dahin weiterhin wie bisher mittels Kameralistik gearbeitet werden.

Bereits eingeleitete Vorbereitungen wie Vermögensbewertungen, Überleitungstabellen, Personalqualifizierungsmaßnahmen und interne Organisationsmaßnahmen würden weiterbetrieben und dienen dem späteren Umstieg.

Auf Nachfragen aus dem Gemeinderat erläuterte der Kämmers, dass die Gründe im Personalbereich des Gemeindeverwaltungsverbands lägen. Die Zuarbeit aus den Gemeinden erfolge korrekt wie vereinbart. Er sehe die Umstellung zum 01.01.2020 als gesichert an und keine wesentlich höheren Kosten oder größeren Folgen aufgrund der Verschiebung.

Der Verschiebung wurde hierauf mit großer Mehrheit zugestimmt.

Kindergartenneubau Unterkirchberg – Standortauswahl

Die Standortauswahl war bereits Gegenstand in der öffentlichen Sitzung vom 21.09.2017. Damals wurde aus der Mitte des Gemeinderats vorgeschlagen, die Standortfrage für einen neuen Kindergarten im Zusammenhang mit der Kernzeit Unterkirchberg zu beraten, da hier eventuell konzeptionelle Zusammenhänge bestünden. Die Entscheidung wurde deshalb zurückgestellt. Zwischenzeitlich wurde entschieden, die Kernzeitbetreuung entsprechend den ursprünglichen Planungen am Standort neben der Grundschule weiterzuverfolgen. Damit galt es nun, auch die Standortentscheidung für einen neuen Kindergarten zu treffen.

In mehreren vorausgegangenen Beratungen wurden zahlreiche verschiedene Standorte geprüft. Die Verwaltung wurde einvernehmlich beauftragt, mögliche Standorte im „Unteren Brühl“ im Umfeld der Gemeindehalle zu untersuchen. Hierzu wurde der Fachdienst Bauen im Landratsamt um Unterstützung und fachliche Einschätzung zur Bauleitplanung und Genehmigungsfähigkeit eingeschaltet. Das Landratsamt hatte hierzu den Standort am bisherigen Festplatz favorisiert und empfohlen. Dieser Standort befindet sich im Geltungsbereich des Bebauungsplans „Sportgelände Brühl“ vom 03.07.1986.

In der Sitzung vom 21.09.2017 wurde der Standort auch von dem Fachberater Richard Resch vom Landesverband kath. Kindertagesstätten beurteilt und von ihm ebenfalls begründet empfohlen.

Auf dem Grundstück findet jährlich das Illertalfest des KSV statt. Der Verein wurde von Bürgermeister Bertele über die laufenden Planungen informiert und es wurde Verständnis für die Überlegungen der Gemeinde gezeigt. Angesichts der Planungszeiträume ist sichergestellt, dass das Illertalfest 2018 auf jeden Fall dort stattfinden könne. Zur künftigen Organisation des Festes müssten aber noch entsprechende Gespräche geführt werden. Vorgespräche habe der Bürgermeister auch mit Herrn Pfarrer Boos über die bisherigen Schritte geführt.

In der folgenden Diskussion wurde teilweise eine Zurückstellung der Entscheidung gefordert. Zunächst müsse die Trägerschaft und die Kostenbeteiligung mit der Kath. Kirchengemeinde Unterkirchberg besprochen werden. Die Standortfestlegung gehe zu schnell.

Ein weiterer Gemeinderat kritisierte, dass weder die Kirchengemeinde noch der KSV Unterkirchberg auf dem Weg zur Entscheidungsfindung mitgenommen worden seien.

Sodann schlug ein Gemeinderat vor, den Beschlussantrag zur Klarstellung auf die Planungsleistungen für den Standort lediglich auf die Bebauungsplanänderung zu beschränken und er wollte sichergehen, dass noch keine Objektplanung eingeleitet werde.

Ein Gemeinderat erinnerte an einen Antrag vom 06.04.2017 bezüglich eines neuen Kindergartens. Im aktuellen Haushaltsplan und Investitionsprogramm für die folgenden Jahre seien noch keinerlei Mittel für einen Kindergartenneubau eingestellt worden. Er befürchtete Finanzierungsengpässe, wenn in den nächsten 2 bis 3 Jahren 2 Kernzeitbetreuungsgebäude, ein Kindergarten und beispielsweise auch ein kostspieliges Feuerwehrfahrzeug gebaut bzw. bezahlt werden müssten. Angesichts der zu erwartenden Kosten vermisste er Aussagen zur Finanzierung des Projekts. Die Frage der Trägerschaft für den neuen Kindergarten müsste im Gemeinderat als nächstes besprochen werden.

Ein Gemeinderat zeigte sich überrascht vom Ansinnen, das Verfahren zu bremsen. Es gebe keine stichhaltigen Gründe für irgendwelche Verzögerungen. In mehreren Sitzungen hätte sich der Gemeinderat mit der Standortauswahl sowie mit der Bedarfsprüfung für die Gemeinde auseinandergesetzt, nun könne abgestimmt werden.

Dem schloss sich ein anderer Gemeinderat an und erinnerte an die derzeit gute Finanzlage der Gemeinde. Diese sei seit 7 Jahren schuldenfrei und habe auch bisher Millionenprojekte stets gemeistert. Nachdem der Ausbau der Kernzeitgebäude in vorangegangenen Sitzungen auf den Weg gebracht worden sei, könne jetzt auch über den Standort für den Kindergartenneubau entschieden und abgestimmt werden.

Wiederum ein Gemeinderat bescheinigte der Gemeinde, auf einem guten Weg zu sein und appellierte an das Gremium, nun keinen Rückzieher mehr zu machen, sondern in die Zukunft zu investieren. Über das Illertalfest müssten zwar sicherlich mit dem KSV noch weitere Gespräche über einen alternativen Platz geführt werden und auch über die Trägerschaft mit der Kath. Kirchengemeinde ebenso noch Gespräche im weiteren Verfahren geführt werden. Deswegen dürfe es aber keine weiteren Verzögerungen bei der Standortwahl geben.

Bürgermeister Bertele fasste nochmals zusammen, dass Gespräche bereits geführt worden seien und nach der Festlegung des Standorts nun auch konkretisiert werden könnten. Allerdings sei nach seiner Kenntnis die Kirchengemeinde noch in der Diskussion und habe sich noch nicht zu einer Bewerbung um die Trägerschaft entschieden. Die Kirchengemeinde selbst verfüge über kein geeignetes Grundstück und müsse auch Vorgaben der Diözese beachten. Zudem gebe es hierfür auch noch gar keine Eile. Aktuell sei es ausschließlich Aufgabe des Gemeinderates, den Standort eines künftigen Kindergartens sowie eine bedarfsgerechte Größenordnung festzulegen. Hierzu habe der Fachberater des Verbandes kirchlicher Kindertagesstätten, Herr Richard Resch, in vorausgehender Sitzung die Empfehlung zu 3 Kindergartengruppen plus 2 Krippengruppen gegeben. Neben einer wieder leicht steigenden Kinderzahl sei demzufolge höherer Bedarf vor allem auf steigende Betreuungsnachfrage in Illerkirchberg zurückzuführen. Der Fachberater habe dies klipp und klar erläutert. Anderweitige Darstellungen seien schlicht unzutreffend.

Die Festlegung einer Trägerschaft sei erst in einem der nächsten Schritte Gegenstand der Beratungen – wenngleich er diesbezüglich vorausgehend in Kontakt mit dem Pfarrer sei. Der Bedarf, die Größe und der Standort für den benötigten Kindergarten müssten hingegen als gesetzliche Aufgabe zwingend von der bürgerlichen Gemeinde geklärt werden. Ergänzend verwies Hauptamtsleiter Manfred Kornmayer auf die Zeitschiene der Bundesförderung, wonach bis Ende 2019 die Bewilligung und bis Mitte 2022 die Abrechnung erfolgen müsse.

Der Befürchtung einer unsicheren Finanzierung widersprach der Bürgermeister mit dem Hinweis, dass im Jahr 2017 beispielsweise die Kosten der TSG-Hallensanierung entfallen und zudem die genannten Bauprojekte nicht in 2 bis 3 Jahren wie vermutet, sondern realistisch im Lauf der nächsten 5 Jahre umgesetzt werden, also im doppelten Zeitraum. Allein um die Bundesförderung nicht zu gefährden, warnte er eindringlich davor, den Fortgang zu bremsen und fällige Entscheidungen auf Eis zu legen. Allein die Architektenauswahl erfordere wie im Falle der Kernzeitgebäude aufgrund der europaweiten Vorschriften mehrere Monate Zeit.

Nach ausgiebiger Diskussion wurde mit großer Mehrheit als Standort für einen neuen Kindergarten der bisherige Fest- und Spielplatz beschlossen und die Änderung des Bebauungsplanes beauftragt.

Nach erfolgtem Beschluss vertrat ein Gemeinderat die Auffassung, es mangle an einem Kindergartenkonzept. Dem widersprach ein anderer Gemeinderat und äußerte die Vermutung, dass mit diversen Einwendungen gegen die begründete und durchdachte Vorgehensweise der Verwaltung sehr durchsichtig im Grunde genommen eine andere Intention verfolgt werde.

Baugesuche

Zugestimmt wurde dem Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage im Beutelreuscher Weg. Ebenfalls zugestimmt wurde dem Einbau zweier Dachgauben und Erweiterung einer bestehenden Dachgaube zu einem bestehenden Haus Beim Mühlbach. Zugestimmt wurde ferner dem Neubau von Mehrfamilienhäusern an der Raiffeisenstraße. Dort soll das bisherige Gaststättengebäude abgebrochen und an dessen Stelle Wohnraum geschaffen werden. Eine vorausgehende Bauanfrage hatte der Gemeinderat abgelehnt und eine verringerte Baumasse gefordert. Dieser Aufforderung hatte nun der Bauwerber Folge geleistet. Das bisherige Gebäude hat beispielsweise eine Höhe von 11,05 m und die künftigen Gebäude nach jetziger Planung 9,57 m Höhe. Wie vom Gemeinderat gefordert, wurde die Gebäudehöhe zur östlichen Nachbarbebauung im Vergleich zur ersten Anfrage deutlich reduziert. Allerdings wurde die Verwaltung mit Verhandlungen beauftragt, zusätzlich zu den Tiefgaragenstellplätzen wenigstens noch 3 Außenstellplätze einplanen zu lassen.

Sonstiges, Bekanntgaben

Anschaffung von Defibrillatoren

Bürgermeister Bertele verwies auf einen Pressebericht, wonach das Rote Kreuz derzeit in Nachbargemeinden die Anschaffung von öffentlich zugänglichen Defibrillatoren vorstellte. Er habe sich daraufhin mit der Ortsgruppe Illerkirchberg des DRK in Verbindung gesetzt, um auch in Illerkirchberg entsprechende Möglichkeiten auszuloten.

In Illerkirchberg seien allerdings die Rahmenbedingungen besser, weil die DRK-Ortsgruppe über eine Anzahl von Ersthelfern verfüge, die ihrerseits mit Defibrillatoren ausgestattet seien und auch über die Kenntnisse zu deren Benutzung verfügen. Ohne Kenntnisse seien solche Geräte nutzlos. Deswegen erwäge die DRK-Ortsgruppe im Rahmen ihrer Möglichkeiten, Kurse zur Benutzung solcher Geräte anzubieten. Der Bürgermeister versicherte, die Möglichkeiten zur Anschaffung von Defibrillatoren gemeinsam mit dem DRK zu prüfen.

Voraussichtliche Termine für den Gemeinderat im Jahr 2018

Rechtzeitig vor dem kommenden Jahr hatte Bürgermeister Bertele wieder die Jahresübersicht der Gemeinderatssitzungen für 2018 zusammengestellt. Er wies allerdings darauf hin, dass sich je nach Bedarf auch kurzfristige Änderungen ergeben können.

Wochentag	Datum	Ort
Donnerstag	18. Januar 2018	Amtshaus Oberkirchberg, Bürgersaal
Donnerstag	22. Februar 2018	Amtshaus Oberkirchberg, Bürgersaal
Donnerstag	22. März 2018	Rathaus Unterkirchberg, Großer Saal
Donnerstag	19. April 2018	Amtshaus Oberkirchberg, Bürgersaal
Donnerstag	17. Mai 2018	Rathaus Unterkirchberg, Großer Saal
Donnerstag	14. Juni 2018	Amtshaus Oberkirchberg, Bürgersaal
Donnerstag	12. Juli 2018	Rathaus Unterkirchberg, Großer Saal
Donnerstag	26. Juli 2018 (nur bei Bedarf)	Rathaus Unterkirchberg, Großer Saal

Donnerstag	20. September 2018	Amtshaus Oberkirchberg, Bürgersaal
Donnerstag	18. Oktober 2018	Rathaus Unterkirchberg, Großer Saal
Donnerstag	15. November 2018	Amtshaus Oberkirchberg, Bürgersaal
Donnerstag	13. Dezember 2018	Rathaus Unterkirchberg, Großer Saal

Regionale Energieagentur Ulm - Schulprojekt

Die Regionale Energieagentur Ulm bietet den Schulen im Alb-Donau-Kreis auch im Schuljahr 2017/2018 das Projekt „Klimaschutz & Energie im Alltag – Stand-by“ an. Auch die Grundschule Illerkirchberg nehme daran teil. Die Regionale Energieagentur Ulm wird das Projekt mit der Schulleitung und den Fachlehrern abstimmen und in den laufenden Unterricht einbinden. Das Projekt wird über das Programm „Klimaschutz-Plus“ des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg gefördert, dem Schulträger entstehen keine Kosten.

Briefkasten Burgstraße 14

Die Deutsche Post AG hatte mitgeteilt, dass der Briefkasten am Gebäude Burgstraße 14 entweder ganz wegfalle oder an einen anderen Standort gebracht werden müsse, da das Gebäude abgebrochen werde. Hauptamtsleiter Manfred Kornmayer empfahl als Standort den Kindergartenbereich St. Josef. Dieser Vorschlag wurde allseits befürwortet.

Anschließend fand noch eine nichtöffentliche Sitzung statt.